

# Volks-Zeitung

## Revolution in Galizien.

Ein Moskauer Funkpruch. — Gegen die Nationalrada. — Kolubowicz verhaftet.

Wien, 26. März. (Korr.-Bureau.)

Von der russischen Sowjetregierung in Moskau ist folgender Funkpruch eingegangen: Galizien befindet sich in voller revolutionärer Bewegung. Der Aufstand brach zuerst im Petroleumgebiet von Drohobycz aus, wo ein Sowjet von den Arbeitern deponiert wurde. Die Bewegung schloß sich die Arbeiter der benachbarten Gruben von Kalusz an. Die Regierung verfügte die Auflösung der Sowjets und die Verhaftung der Rädelsführer. Doch schlossen sich die Truppen den Aufständischen an. In vielen Orten organisierten die linken Sozialisten Versammlungen und forderten die ganze Macht für die Sowjets. Die Bewegung breitet sich auf die von polnischen Truppen besetzten Gebiete aus. In Demberg proklamierte der im geheimen gebildete Sowjet der Arbeiterdeputierten den Generalstreik. Im Bezirk Stanislaw erklärten sich die vom Kabinett Kolubowicz abgeforderten Truppen als Kämpfer der Nationalrada gegen die Nationalrada, sodann marschierten sie mit den Aufständischen an Stanislaw, und verhafteten Kolubowicz. Die Aufständischen richteten an die Galizier, die sich unter den Direktionsgruppen befinden, ein Ultimatum mit der Aufforderung, sofort nach Galizien heimzukehren und den Kampf gegen die Sowjetmacht einzusetzen.

## Der Viererrat und Ungarn.

Einlenken der Entente?

Lugano, 26. März. (L. R.)

Der gewöhnlich gut unterrichtete Pariser Berichterstatter des „Corriere della Sera“ telegraphiert seinem Blatt, daß angesichts der Ereignisse in Ungarn ein Einlenken der Entente erzwungen werde. Der aus Wilson, Lloyd George, Clemenceau und Orlando bestehende Rat der Vier werde sich heute mit dem ungewissen Problem beschäftigen und die bisher gefassten Beschlüsse über die territorialen Fragen einer Nachprüfung unterziehen. In diplomatischen Kreisen wird dieser Entschluß als Beweis dafür aufgefaßt, daß die den Tschechoslowaken und Rumänen auf Kosten Ungarns gemachten Zugeständnisse zum Teil wenigstens wieder rückgängig gemacht werden sollen, allerdings aber in einer Form, die den Anschein vermeidet, daß die Entente sich in ihren Maßnahmen von der Besorgnis vor dem Bolschewismus leiten lasse.

## Die Alliierten berichtigen.

Die Demarkationslinie nicht die politische Grenze.

Budapest, 26. März. (Korr.-Bür.)

Die von ungarischer Regierung angeordnete Militärkommission der Alliierten hat an den revolutionären regierenden Rat folgenden Schreiben geschickt:

Budapest, 26. März.

Der Präsident der Republik sagt in seiner an das ungarische Volk gerichteten Proklamation folgendes: Die Mission der Entente hat erklärt, daß die Demarkationslinie hinfert als politische Grenze betrachtet wird. Ich muß formell erklären, daß dies eine irrige Auslegung der gebrochten Ausdrücke ist. Als der Präsident der Republik die im Waffenstillstandsvertrag festgestellten Grenzen zur Sprache brachte, erhielt er die Antwort, daß nicht mehr von der in dem erwähnten Vertrag festgelegten Demarkationslinie die Rede sei, sondern von einer neueren Entscheidung der Entente, welche den Zweck verfolgt, die ungarischen Truppen durch eine streng begrenzte neutrale Zone von den rumänischen zu trennen und auf diese Weise jede Möglichkeit eines Zusammenstoßes auszuschalten. Daß es sich hier um eine politische Grenze handeln würde, wurde gar nicht erwähnt, mit der Absicht der Gerechtigkeit und der Friedfertigkeit erlaube ich im Namen des Kommandierenden Generals der alliierten Truppen die gegenwärtige Regierung, dieser Mitteilung ohne Verzug die größte Publizität zu verleihen.

Ges. Oberleutnant Vig.

Ges. Oberleutnant Vig.

Ges. Oberleutnant Vig.

Ges. Oberleutnant Vig.

Ges. Oberleutnant Vig.

Ges. Oberleutnant Vig.

Ges. Oberleutnant Vig.

Ges. Oberleutnant Vig.

Ges. Oberleutnant Vig.

Ges. Oberleutnant Vig.

Ges. Oberleutnant Vig.

Ges. Oberleutnant Vig.

Ges. Oberleutnant Vig.

Ges. Oberleutnant Vig.

Ges. Oberleutnant Vig.

Ges. Oberleutnant Vig.

Ges. Oberleutnant Vig.

Ges. Oberleutnant Vig.

Ges. Oberleutnant Vig.

Ges. Oberleutnant Vig.

Ges. Oberleutnant Vig.

Ges. Oberleutnant Vig.

Ges. Oberleutnant Vig.

Ges. Oberleutnant Vig.

Ges. Oberleutnant Vig.

Ges. Oberleutnant Vig.

Ges. Oberleutnant Vig.

Ges. Oberleutnant Vig.

den Kräfteverfalls, der auf sein hohes Alter zurückzuführen sein. Im Wächter würde der Rücktritt jedoch auf die Wirkungen der Umwälzung in Ungarn und die Spannung zwischen ihm und Wilson zurückzuführen sein. In den Wahlbelangen wird dem „Corriere della Sera“ zufolge Picand als sein Nachfolger genannt.

## Gegen die polnischen Ansprüche.

Wilson und Lloyd George einig.

Lugano, 26. März. (L. R.)

Nach einer Pariser Information der „Stampa“ haben sich Wilson und Lloyd George in der letzten Sitzung des Obersten Kriegsrates entschieden gegen den beabsichtigten Einfluß von drei Millionen Deutschen in den polnischen Staat ausgesprochen.

## Haller landet in Königsberg.

Bern, 26. März.

Nach der „Daily Mail“ wird die alliierte Kommission die Landung der polnischen Division des Generals v. Haller in Königsberg ins Auge fassen.

Wenn sich diese Nachricht bestätigen sollte, dann hätten die deutschen Proteste gegen die Landung der Polen in Danzig und die von den Deutschen Weltweilens feierlich ausgedrückten Gelübisse, den Polen mit Waffengewalt entgegenzutreten, ihren Erfolg nicht berechtigt.

## Die Alliierten erkennen Lettland an.

Riga, 26. März. (Lettisches Pressebureau.)

Paul Radziwiłł aus Paris ist die Anerkennung Lettlands auf der Friedenskonferenz gesichert. Clemenceau hat den lettischen Minister des Auswärtigen empfangen und ihm Unterstützung für die Wünsche der Letten zugesagt.

## Eine dringende deutsche Note in Spa.

Berlin, 26. März. (W. L. B.)

In Spa ist von dem Vertreter der deutschen Regierung folgende Note übergeben worden: Die für militärische Zwecke verfügbaren Kohlenvorräte in Ribau und Windau sind am 1. April erschöpft. Die Ausfuhr für die militärischen Operationen im Osten sind alsdann außer Gefahr, wenn die Kohlenzufuhr über See nach Ribau nicht sofort freigegeben wird. Bisher ist nur die Kohlenzufuhr bis Danzig, nicht bis Ribau freigegeben. Ich bitte Herrn General Rubant, dem Ernst der Lage Rechnung zu tragen und die sofortige Genehmigung der Kohlenzufuhr nach dem Osten, insbesondere nach Ribau, zu erteilen.

## „Irrsinnig.“

Der Prozeß Ullain auf dem toten Strang.

Genf, 26. März. (L. U.)

Im Morbprozess Ullain erklärten die Gerichtsurtheile Ullain für schuldig erkl. da keine Mitter und Schwärmer irrsinnig gemeldet seien. In Regierungs-Kreisen herrscht die Ansicht, daß das Problem des Prozesses gegen den Wobler Jaurès dahinfällt, daß er als irrsinnig erklärt wird, gelöst werden dürfte.

## Das Standrecht über Spanien.

Madrid, 26. März. (Reuter.)

Über ganz Spanien wurde das Standrecht verhängt. Die Verhängung des Standrechts über ganz Spanien bedeutet die eingetretene ungeheure Verschärfung der gegen die zwischen der Regierung und der in einer Streikperiode stehenden Arbeiterchaft Möglichkeiten stehen auch in Spanien ernsthafte Unruhen bevor.

## Ein Dreikammersystem?

Der Regierungsantrag in der Rätefrage.

Die die „D. Z.“ aus parlamentarischen Kreisen erzählt, wird im Verfassungsausschuß in aller nächster Zeit ein Antrag der Reichsregierung gestellt werden, der die Verankerung des Rätegesetzes in der Verfassung vorsieht. Das offizielle Blatt bemerkt hierzu: Gelangt dieser folgenreiche Entschluß zur Durchführung, so würde dies die Schaffung eines Dreikammersystems bedeuten. Denn diese aus den Vertretern der verschiedenen Räteorganisationen (Arbeiterräte, Bauernräte, Betriebsräte, Beamten- und Angestelltenräte) zusammengesetzte Zentralinstanz würde mit eigenem Initiativrecht ausgestattet sein, also die Fähigkeit besitzen, Gesetze selbstständig auszuarbeiten und einzubringen. Die bisher von der Regierung aufgestellte Richtlinie, daß die Räteorganisation ihre Tätigkeit lediglich auf Fragen sozialer und wirtschaftlicher Natur zu beschränken hätten, würde damit endgültig verlassen werden. Selbstverständlich werden Verlauf und Ergebnis des am 18. April in Berlin zusammenzufindenden Rätekongresses auf diese Entscheidung nachhaltigen Einfluß haben.

Nicht ganz so schlimm. 3409 Milliarden Mark sollte nach unserem heutigen Morgenblatt der Fehlbetrag des preussischen Staatshaushalts sein. Ganz so schlimm, wie dieser Druckfehler betrauben ließ, ist es natürlich nicht, es sind nur 3409 Millionen Mark.

Einberufung des Landtages von Sachsen-Weimar. Der neugewählte Landtag des Freistaates Sachsen-Weimar ist auf den 8. April einberufen.

## Angst vor der Wahrheit.

Die Entente will Ankläger und Richter zugleich sein.

Berlin, 26. März. (Antsch.)

Bereits im November 1918 hatte die deutsche Regierung durch Vermittlung der schweizerischen Regierung der Entente vorgeschlagen, zur Feststellung der Schuld am Kriege eine internationale Kommission einzusetzen; da eine Antwort auf diesen Vorschlag nicht erfolgte, wurde er im Januar wiederholt. Unter dem Datum des 7. März teilte die schweizerische Regierung der deutschen Gesandtschaft in Bern mit, daß sie von dem britischen Gesandtschaften folgende Mitteilung erhalten habe:

„Ich habe die Ehre, Sie zu benachrichtigen, daß die Regierung Seine Majestät der Königin ist, daß es unnötig sei, auf den deutschen Vorschlag irgend eine Antwort zu geben, da nach der Meinung der verbündeten Regierung die Verantwortlichkeit Deutschlands für den Krieg längst unzweifelhaft festgestellt ist.“

Die deutsche Regierung hat daraufhin der schweizerischen Regierung durch die deutsche Gesandtschaft in Bern folgende Note zustellen lassen:

„In Beantwortung des Schreibens vom 7. März bittet die deutsche Gesandtschaft das schweizerische politische Departement, durch Vermittlung der schweizerischen Gesandtschaft in London der britischen Regierung zur Kenntnis zu bringen, daß die deutsche Regierung gegen die in dem Schreiben der britischen Regierung wiedergebene Auffassung der Alliierten ausdrücklich Beschwerde einlegt, wenn in diesem Schreiben erklärt wird, der deutsche Vorschlag auf Einsetzung einer neutralen Kommission zur Prüfung der Frage der Schuld am Kriege bedürfe keine Antwort, weil die Verantwortlichkeit Deutschlands für den Krieg längst unzweifelhaft festgestellt ist, so machen sich die Alliierten an, Ankläger und Richter zugleich zu sein, und zwar in einer Sache, in der sie zum Teil gleichfalls der Schuld geziehen werden. Deutschland kann einen Urteilspruch in dieser Frage nur anerkennen, wenn er von einer Stelle ausgeht, der das gesamte Aktenmaterial beider Parteien zur Verfügung steht und die in der Lage ist, die nötigen Beweise durch Urkunden und Zeugen in voller Offenheit zu erheben.“

Der Antwort der deutschen Regierung kann nur zugestimmt werden.

## Kommt der Staatsgerichtshof?

Gerüchte über seine bevorstehende Errichtung.

Frankfurt a. M., 26. März.

Der Vertreter der „Frankfurter Zeitung“ in Weimar hat Grund zu der Annahme, daß die aus außen- und innenpolitischen Gründen wiederholt geforderte Untersuchungskommission über die Vorgänge bei Ausbruch des Krieges und während des Krieges in aller nächster Zeit verwirklicht werden wird, und zwar durch die sofortige Schaffung eines Staatsgerichtshofes, der zwar in der Verfassung bereits vorgesehen ist, der aber durch ein vorläufiges Gesetz ermöglicht werden soll.

Wir haben bald die Einsetzung eines Staatsgerichtshofes immer gefordert und würden seine baldige Einsetzung begrüßen, damit nach dem Abschluß des Friedens sofort an die Erledigung der großen Schuldfrage gegangen werden kann.

## Die militärische Vertretung Deutschlands in Paris.

Generalmajor v. Wrisberg Leiter der Abordnung.

Berlin, 26. März. (W. L. B.)

Wie wir erfahren, gehören der militärischen Vertretung bei der deutschen Friedensgesandtschaft nachstehende Offiziere des Generalstabes als dessen Beauftragte an: General v. Hammerstein, der bisherige militärische Vorsitzende der Waffenstillstandskommission, Major v. Bod, zuletzt Generalstabsoffizier bei der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz, Oberstleutnant v. Ahlander vom Bayerischen Generalstab, Major v. Böttcher vom sächsischen Generalstab und der württembergische Hauptmann Geher. Die Leitung der militärischen Vertretung übernimmt Generalmajor v. Wrisberg vom preussischen Kriegsministerium.

## Die Reform des Militärstrafrechts.

Wie die „D. Z.“ an zuständiger Stelle erfahren, ist die von der Regierung angeordnete Reformvorlage betreffend die Militärstrafrechtsreform in der preussischen Kriegsministerialverwaltung seit einiger Zeit fertiggestellt. Der Entwurf ist den Ministern der Streitkräfte und dem Reichsmilitärgericht zur Prüfung vorgelegt worden und wird demnächst den Gegenstand von Beratungen im Reichsministerium bilden.

Ein Reichserwerbslosenausschuß. Aus Vertretern der Gewerkschaften Preussens, Bayerns, Sachsens, Württembergs und Baden wurde ein Reichserwerbslosenausschuß gebildet, der sofort die Arbeit mit den für die Erwerbslosenfürsorge im Verlaufe kommenden Reichsämtern aufnehmen soll.

## Stürmische Kammerdebatte in Frankreich.

Genf, 26. März. (L. R.)

In der gestrigen Sitzung der französischen Kammer kam es zu neuen erregten Szenen, die durch die Rede des Sozialistenführers Marcel Cachin hervorgerufen wurden. Cachin befaßte sich mit den Zuständen in Rußland und Deutschland und erklärte, daß die Ausbreitung der Revolution auf Frankreich nur durch eine schnelle Sozialisierung verhindert werden könne.

Genf, 25. März. (Privat.)

Das Bureau Europa Preß meldet aus Paris: Es erhält sich hartnäckig das Gerücht, daß Clemenceau zurücktreten werde, angeblich infolge seines Verwundung und zunehmender



Mütter.

Ein Berliner Roman

von Mabel Knecht

Ein Berliner Roman von Mabel Knecht

Ein Berliner Roman von Mabel Knecht

Ein Berliner Roman von Mabel Knecht

Ein Berliner Roman von Mabel Knecht

Ein Berliner Roman von Mabel Knecht

Ein Berliner Roman von Mabel Knecht

Groß-Berlin

Arbeiter für das Land.

Sachverständigenkonferenz im Berliner Rathaus. Der Kommissar für die Erwerbslosenfürsorge Groß-Berlin...

Die Anträge zum zweiten Rätekongress.

Vollversammlung der Groß-Berliner A- und S.-Räte.

Heute traten die Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte abermals in den Germania-Sälen zu einer Vollversammlung zusammen...

Die ersten Lebensmittellieferungen aus Rotterdam.

Wie von unternichteter Seite mitgeteilt wird, haben die Waren der aus England nach Rotterdam für uns verpackten Lebensmittel...

Ein Einbruder erschossen.

Auf dem Grundstück Mühlstraße 10 wurden wiederholte Einbrüche verübt. In der vergangenen Nacht gegen 4 Uhr hörte der Besitzer eines Viehstallens...

Handelsteil

Am der Börse herrschte heute eine verhältnismäßig unruhige Stimmung...

Table with exchange rates for various locations including London, Amsterdam, and Hamburg.

Mitarbeit der Intellektuellen. Wie Hand- und Arbeiterkräfte zusammengefasst werden...

Die Vereinigung der Handelskammer Berlin und Potsdam...

Dr. Breitfeld Oberbürgermeister von Spandau...

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung, die sich in ihrer gestrigen Sitzung mit den Anträgen über die Errichtung der Revolutionsgedächtnis- und der Aufhebung des Belagerungsstandes...

Mitglied des Lichterfelder Gemeindeverbandes...

Was sollte sie denn sagen? Auch an Wuffe dachte er... Was sollte sie denn sagen? Auch an Wuffe dachte er...

Die Vereinigung der Handelskammer Berlin und Potsdam, die, wie wir hören, nun von Minister für Handel und Gewerbe genehmigt worden...

Morgen voraussichtlich Wetter in Berlin und Umgebung, teilweise aufklarend, aber noch überwiegend bewölkt...

Berlin-Adressenliste...

Die Vereinigung der Handelskammer Berlin und Potsdam, die, wie wir hören, nun von Minister für Handel und Gewerbe genehmigt worden...